

Öffentliche Sitzung

Protokoll Nr.:	03/2024
Sitzung:	Gemeinderat
Datum:	19.03.2024
Zeit:	19:00 Uhr – 22.35 Uhr
Ort:	Ratssaal im Rathaus, Bahnhofstraße 54
Vorsitz:	Bürgermeister Volk
Mitglieder anwesend:	<p><u>Grüne</u> Stadträtinnen Groesser, Schlüchtermann, Weber und Dr. Welter (bis 21.40 Uhr) Stadträte Katzenstein, Konrad und Schmitz</p> <p><u>FW</u> Stadträtinnen Erles und Streib Stadträte Rehberger, Dr. Rothe, Scholl und Wachert</p> <p><u>CDU</u> Stadträtin Oppelt und Weichert Stadträte Bernauer, Meyer, Schendzielorz (ab 21 Uhr) und Wagner</p> <p><u>SPD</u> Stadträtinnen Linier und Striegel Stadträte Bergsträsser, Hertel, Hornung und Schimpf</p> <p><u>Linke</u> Stadtrat La Licata</p> <p><u>Ohne Fraktionszugehörigkeit</u> Stadtrat Fritsch</p>
weiter anwesend:	Petra Polte (FB 1) Dr. Jasmin Hettinger (FB 1 zu TOP 4) Mario Horvath (FB 7 zu den TOPs 5-8) Jan Seidel (FB 5 zu den TOPs 5-8)
Mitglieder entschuldigt:	Ortsvorsteher Erles
Urkundspersonen:	Stadträte Schimpf und Wachert
Sachvortrag:	Frau Obländer (zu TOP 3)
Schriftführerin:	Frau Gruneberg

Der Bürgermeister eröffnet die öffentliche Sitzung um 19:00 Uhr, begrüßt die anwesenden Gemeinderäte und Besucher und leitet zur Bürgerfragestunde über.

Bürgerfragestunde

Der Bürgermeister verweist eingangs auf die Regeln zur Bürgerfragestunde, wie sie in der Geschäftsordnung des Gemeinderates festgelegt sind: Höchstdauer der Fragestunde 30 Minuten. Jede Bürgerin bzw. Bürger kann zwei Fragen oder Vorschläge äußern, jeweils drei Minuten Redezeit.

Eine Bürgerin kommt auf ihre Vorsprache während der letzten Bürgerfragestunde vom 27.02. zur Problematik der extrem gestiegenen Kosten für die Busunternehmen zurück. Viele Bürger hätten sich hierzu an ihr Busunternehmen gewandt und Nachfragen gestellt. Einige wären auch bereit gewesen heute zu kommen, allerdings habe sie diesen gesagt, dass sie selbst nochmal vorsprechen wolle. Ihre Frage sei jetzt, ob die Verwaltung in den vergangenen drei Wochen schon etwas unternommen habe. Außerdem möchte sie wissen, wer zuständig sei.

Der Bürgermeister informiert, dass zwischenzeitlich eine Videokonferenz stattgefunden habe. Der Rhein-Neckar-Kreis werde die Angelegenheit jetzt aufbereiten und dann ginge der Sachverhalt in die Gremien der 10-12 beteiligten Kommunen. Die hohen Personalkosten seien thematisiert worden, Beteiligte seien der Rhein-Neckar-Kreis, der VRN und RNV, zuständig der Kreis und die Kommunen.

Die Bürgerin korrigiert, richtig sei „BRN“, nicht RNV.

Der Bürgermeister entschuldigt sich für den Versprecher.

Die Bürgerin fragt, ob es realistisch sei, eine Lösung vor den Kommunalwahlen zu erreichen.

Der Bürgermeister bestätigt, dass der Rhein-Neckar-Kreis die Bürgermeister bereits nach den Sitzungsterminen in ihren Kommunen gefragt habe. In Neckargemünd sei dies kein Problem, da man bis August durchtage. Der Sachverhalt müsse so schnell wie möglich behandelt werden. Die Aussage der Bürgerin aus der letzten Bürgerfragestunde, dass Umlandgemeinden hierzu schon Beschlüsse gefasst hätten, sei allerdings nicht richtig.

Die Bürgerin meint, dass sich andere Gemeinden aber bereits sehr konkret mit der Problematik beschäftigen.

Der Bürgermeister sagt, dass dies nicht der Fall sei. Dies hätten ihm alle Bürgermeister bestätigt.

Die Bürgerin meint, dass sie hierzu andere Informationen hätte.

Ein Bürger aus Mückenloch berichtet, dass es auf seinem Grundstück seit Juni 2023 ein Problem mit Ratten gäbe. Im Juli habe er eine Wildkamera aufgestellt und Fotos an das Ordnungsamt geschickt. Daraufhin habe er einen Bescheid von der Stadt bekommen, dass er einen Kammerjäger beauftragen müsse und 50€ Gebühr zu zahlen habe. Der Kammerjäger sei gekommen und habe bestätigt, dass die Ratten vom Nachbargrundstück kämen. Er habe daher Widerspruch gegen den Bescheid eingelegt und werde die bereits bezahlten 50€ einklagen. Warum habe die Stadt den Bescheid herausgeschickt, ohne sich die Situation vor Ort anzuschauen?

Der Bürgermeister sagt, dass der Fachbereichsleiter, Herr Schmied, ihn hierzu informiert habe. Laut Polizeiverordnung gelte derjenige als Verursacher, bei dem die Ratte gefunden werde.

Der Bürger findet es schwierig, dass man Ratten melden müsse und dann zur Kasse gebeten werde.

Der Bürgermeister erläutert, dass Neckargemünd die Musterverordnung von Baden-Württemberg nutze. Man werde jetzt aber schauen, ob man hier etwas ändern könne.

Der Bürger sagt, dass er nun Privatklage einreichen werde.

Drei Mütter von Teenagern stellen sich vor. In Neckargemünd gäbe es derzeit keine Räumlichkeiten, geeignete Plätze oder Flächen, in bzw. an denen sich Jugendliche in ihrer Freizeit treffen könnten. Aktuell würden sich die Jugendlichen auf den Rewe- bzw. Edeka-Parkplätzen oder auf Kinderspielflächen treffen, leider oftmals auch inklusive bedenklicher Einflüsse wie z.B. Rauchen / Dealen von „Vapes“ oder Kiffen. Die Mütter fragen nach einer Reaktivierung des Jugendzentrums. Man habe den Eindruck, dass eine solche schon lange Thema sei, allerdings nicht aktiv bearbeitet werde. Es sei immens wichtig, dass die Jugendlichen sich in geschützter Distanz zu ihren Erziehungsberechtigten, aber pädagogisch gerahmt, treffen könnten. Auch sei z.B. der Bolzplatz in Kleingemünd, den es noch gäbe, in einem schlechten Zustand. Vom SRH-Bolzplatz seien die Jugendlichen mehrmals verwiesen worden, das Minispielfeld in Dilsberg sei abgebaut. Allein in Lobbach gäbe es noch eine Möglichkeit, aber nicht alle Jugendlichen hätten ein MAXX-Ticket, um dorthin zu fahren. Sie möchten wissen, was sich in der Zukunft noch ergeben könne, wo in Neckargemünd sich Kinder und Jugendliche auch außerhalb der Vereine sportlich betätigen könnten.

Das Gremium stimmt der Anfrage durch Klopfen auf den Tisch zu.

Der Bürgermeister bestätigt, dass man aktuell an einem neuen Nutzungskonzept für den Jugendtreff inklusive pädagogischem Konzept arbeite. Seinerzeit, vor ca. 6-7 Jahren, habe es keine Nachfrage mehr gegeben. In Kleingemünd sei unterhalb des Bolzplatzes ein Skaterpark in Planung, in Dilsberg wurde - bereits vor dem Abbau des Minispielfeldes - als Alternative ein Bolzplatz beim FC errichtet. Dieser könne von interessierten Jugendlichen gerne genutzt werden. Das Thema Rewe- bzw. Edeka-Parkplätze sei bekannt, hier könnten diese Unternehmen etwas tun. Man sei mit dem Jugendforum an dem Thema dran.

Eine Mutter fragt nach der zeitlichen Perspektive. Könne man davon ausgehen, dass auch ihre Kinder das Angebot noch nutzen könnten?

Der Bürgermeister informiert, dass man im 2. Halbjahr in die weitere Planung gehen werde, inklusive dem Eruiern von Fördermöglichkeiten. Frau Vollmer, die zuständige Sachbearbeiterin, sei an dem Thema mit den Jugendlichen dran, auch deren Wünsche gelte es zu erfragen, z.B. auch nach einem Basketballfeld o.ä. etc.

Die Mutter bestätigt, dass der Bedarf da sei. An den Kleingemünder Spielplatz möge man bitte vermehrt eine Polizeistreife schicken.

Die Bürgerfragestunde endet um 19.18 Uhr.

Vor Einstieg in die Tagesordnung verliest Stadtrat Bergsträsser folgende persönliche Erklärung:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,

in der letzten Sitzung des Gremiums habe ich einen Antrag ausgeteilt, in dem mit Begründung gefordert wird, dass städtische Räume inklusive der Freiräume in der Villa Menzer für Parteien und Wählervereinigungen geöffnet und zur Verfügung gestellt werden. Diese Forderung wurde in den letzten Jahren von meiner Seite schon mehrfach vorgebracht. Dies ebenso wie einige andere Anträge, diese zum Teil bereits im Jahr 2019. Niemals fand ein Antrag den Weg auf die Tagesordnung des Gemeinderats. Während ich den genannten Antrag austeilte, war etwas Unruhe und Applaus im Saal. Dabei waren die Worte zu hören: „Es ist Wahlkampf!“ Wer das gesagt hat, weiß ich nicht. Es ist auch weiter nicht wichtig. Wichtig ist aber

§ 24 der Gemeindeordnung nennt die Rechtsstellung und Aufgaben des Gemeinderats in Absatz 4 heißt es:

(4) Jeder Gemeinderat kann an den Bürgermeister schriftliche, elektronische oder in einer Sitzung des Gemeinderats mündliche Anfragen über einzelne Angelegenheiten im Sinne von Absatz 3 Satz 1 richten, die binnen angemessener Frist zu beantworten sind. Das Nähere ist in der Geschäftsordnung des Gemeinderats zu regeln.

Dass sich einige Anträge, die bisher nicht behandelt wurden, übrigens auch von der CDU, angesammelt haben, ist entscheidend. Und darauf darf man doch aufmerksam machen.

Im Januar 2019: Es soll ein Fahrservice in Neckargemünd nach dem Schönbrunner Modell „Schönbrunn macht Schönbrunn mobil“ ermöglicht werden.

Im August 2020: „Die Verwaltung wird aufgefordert einen „Runden Tisch“ zu dem Thema Villa Menzer einzurichten.“

Im November 2023: „Der Gemeinderat beschließt die Einrichtung eines „Arbeitskreises Bohrermarkt“.

Im Dezember 2023. „Die Stadt Neckargemünd wird juristisches Mitglied des Ambulanten Hospizdienst Elsenz e.V.“

Im Februar 2024: „Städtische Räume werden den ortsansässigen Parteien und Wählervereinigungen zur Verfügung gestellt.“

In meinen Ausführungen zu letztgenanntem Antrag in der Februar Sitzung hatte ich geäußert, dass wir Gemeinderätinnen und Gemeinderäte ernst genommen werden wollen. So steht es auch im Protokoll, das wir nachher zur Kenntnis nehmen werden. Hätten Sie Herr Bürgermeister dieses zur Kenntnis genommen, müsste heute zumindest der Antrag der SPD zur Gründung eines Arbeitskreises „Bohrermarkt“ auf der Tagesordnung stehen. Jedoch nichts dergleichen. Im Stile „Weiter so“ wird weiter verfahren. Darüber bin ich persönlich bitter enttäuscht. Dass die Anmahnung nicht behandelte Anträge aus den Reihen des Gemeinderates jetzt kurz vor der Bürgermeister- und Kommunalwahl stattfindet, hat damit wenig zu tun. Zu tun hat es damit, dass meiner Meinung nach vor dem Wechsel der Gremiumsmitglieder diese Anträge abzuarbeiten sind. Wäre das geschehen hätten sowohl Sie Herr Bürgermeister, als auch unsere Partei positive Ergebnisse für die vergangenen fünf

Jahre zu vermehren. So können wir nur immer wieder eine mangelnde Transparenz zwischen Bürgermeister und der Verwaltung auf der einen Seite, sowie dem Gemeinderat und der Bürgerschaft auf der anderen Seite wahrnehmen. Wir erwarten, dass die beiden Anträge zum Bohrermarkt und zur Öffnung städtischer Räume in der nächsten Sitzung auf der Tagesordnung stehen. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

Der Bürgermeister informiert, dass man zum Thema „Bohrermarkt“ zeitnah einladen und das Konzept vorstellen werde. Zum Sachverhalt „Räumlichkeiten“ sei ganz aktuell ein Schreiben des Innenministeriums eingegangen, wie man hier vorgehen könnte. Ob es allerdings Sinn mache, das Ganze jetzt während des Wahlkampfes umzusetzen, sei eine andere Frage.

Stadtrat Bergsträsser merkt an, dass erst die NPD, dann die Republikaner, jetzt die AfD, immer etwas anderes, als Gründe genannt würden, warum nicht gehandelt werde.

Der Bürgermeister stellt fest, dass es eine klare und rechtssichere Grundlage für die Handhabung im Bedarfsfall brauche. Stadtrat Bergsträsser habe seine Meinung dargelegt, er entziehe ihm nun das Wort. Ein Teil der Anfragen sei auch bereits in die Haushaltsberatungen eingeflossen.

1: **Vorlage und Kenntnisnahme des Protokolls Nr. 02/2024 vom 27.02.2024**

1.1: **Sachvortrag:**

Das Protokoll liegt den Stadträten im Wortlaut vor.

1.2: **Beratung:**

Es gab keine Wortmeldungen.

1.3: **Beschluss:**

Das Protokoll wird von den beiden Urkundspersonen unterzeichnet und vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen.

2: **Vorlage und Bekanntgabe der in nicht-öffentlicher Sitzung am 27.02.2024 gefassten Beschlüsse**

2.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 – Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Der Bürgermeister verliest den Beschluss wie folgt:

2.2: **Beratung:**

2.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung einstimmig, den Kiosk im Terrassen-Schwimmbad in den Jahren 2024-2025 an die Eheleute Stieg zu verpachten.

3: **Bericht Schulsozialarbeit**

3.1: **Sachvortrag:**

Die Präsentation „Schulsozialarbeit in Neckargemünd“ ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

Frau Obländer von der SRH Schulen GmbH stellt sich zunächst vor: seit vier Jahren sei sie die Leitung des Teams Schulsozialarbeit für die Stadt Neckargemünd. Anhand der Präsentation geht sie anschließend auch auf die einzelnen Schulen und die dort jeweils zuständigen Schulsozialarbeiter, die alle, außer einer krankheitsbedingten Absage, anwesend sind, ein. Grundsätzlich sei es sehr wichtig, auch die Eltern / Erziehungsberechtigten zu sensibilisieren und in die Verantwortung zu nehmen. Schulsozialarbeit sei ab der Grundschule immens wichtig, Neckargemünd gehe hier mit gutem Beispiel voran. Teilweise merke man es an den Neckargemünder weiterführenden Schulen schon, wenn Schuleinpendler aus Nachbarkommunen in der dortigen Grundschule keine Schulsozialarbeit erfahren konnten. Insgesamt sei die Situation herausfordernd. Bei z.B. psychischer Erkrankung warte man aktuell bis zu sechs Monate auf einen Therapieplatz.

Der Bürgermeister bestätigt, dass dem Gemeinderat Schulsozialarbeit sehr wichtig sei und man daher im Haushalt 2024 kurzfristig noch zusätzliche Mittel eingestellt habe. Man sei in Neckargemünd weiter als andere Kommunen, aber man werde sich nicht ausruhen, sondern weitermachen. Der Austausch mit der SRH sei sehr gut, die SRH ein verlässlicher Partner, vielen Dank dafür.

Das Gremium stimmt der Aussage des Bürgermeisters durch Klopfen auf den Tisch zu.

3.2: **Beratung:**

Stadträtin Weber bedankt sich für die Ausführungen. Der Vortrag sei bereichernd gewesen. Die Fakten seien ihr, wenn auch nicht aus Neckargemünd, so doch aus Heidelberg bekannt gewesen, denn dort sei das Thema im Jugendhilfeausschuss behandelt worden. Grundsätzlich müsse festgestellt werden, dass alle am Limit seien, mehr geschultes Personal sei dringend von Nöten. Die Schulsozialarbeiter arbeiteten an der Front, müssten den Bedarf feststellen, was eine Riesenaufgabe darstelle. Frau Obländer möge den Bedarf bitte immer an die Stadt melden. 23% der Schüler meldeten sich von alleine bei den Schulsozialarbeitern, aber es gelte auch diejenigen aufzufangen, die sich nicht melden würden. Jugendsozialarbeit sei ihr Steckenpferd, dies gelte es aufzugreifen.

Stadtrat Wachert bedankt sich ebenfalls bei Frau Obländer und ihrem Team. Man sei froh, so erfahrene Partner an der Seite zu haben. Das zusätzliche Geld habe der Gemeinderat in den Haushalt eingestellt. Wichtig sei auch die Integration von Flüchtlingskindern. Zur Situation an der Realschule gehe er davon aus, dass im Hintergrund auf Hochtouren gearbeitet werde. Dennoch würde ihn interessieren, ob hier Gespräche stattgefunden hätten. Es sei ihm zu Ohren gekommen, dass die Schulsozialarbeiter gut ankommen würden. Gäbe es Brennpunkte, und nach welchen Methoden werde gearbeitet? Das „Freiburger Sozialtraining“ sähe er kritisch, seine Tochter sei vor zwei Jahren entsetzt gewesen. Diese Methode sei äußerst unbeliebt und könne eher dazu führen, dass die Kinder und Jugendlichen nicht auf die Schulsozialarbeiter zugehen würden.

Frau Obländer sagt, dass sie sich zur gegenwärtigen Situation im Nachgang des Suizids an der Realschule nicht öffentlich äußern werde, man sei aber definitiv im Hintergrund tätig. Das Freiburger Sozialtraining sei Bestandteil des Präventionstrainings am MBG, hier sollte man mit der Schule in den Austausch gehen. Wie zu jedem Training gäbe es auch hier Kritik. Sozialtrainings seien breit gefächert. Welche Methode wende man an, was passe zu welcher Schule? Grundsätzlich brauche man auch immer die Lehrkräfte.

Stadtrat Wachert fragt, ob auch die Lehrer geschult werden.

Frau Obländer bestätigt dies.

Stadträtin Streib fragt nach dem konkreten Bedarf. Wo könne der Gemeinderat noch unterstützen? Gäbe es Fortbildungen für die Sozialarbeiter und Lehrer? Und gäbe es dann – wie bei den Ärzten – Fortbildungspunkte, die man sammeln könne? Die Themen änderten sich so schnell, wie käme man da hinterher, welche Fortbildungen würden besucht? Die Schule sei ein wichtiges Lebensumfeld und laut der neuesten polizeilichen Kriminalstatistik habe die Gewalt zugenommen, untereinander, aber auch gegenüber Lehrkräften.

Frau Obländer informiert, dass die SRH mit keinem Punktesystem arbeite. Aber man habe bei der SRH riesige Manpower, auch Psychologen. Man nutze die Fortbildungen der Klinikschule in Heidelberg, die psychologische Beratungsstelle, das Jugendamt, die Kriminalstelle. 14-tägig nutze man die Möglichkeit der Supervision, mache Fehleranalysen, um daraus zu lernen.

Stadtrat Wachert fragt nach Frau Obländers Wunsch an den Gemeinderat.

Frau Obländer sagt, man brauche die Schulen, engagierte Lehrkräfte, mehr Psychologen vor Ort sowie Heilpädagogen für die Therapie: gemeinsame interdisziplinäre Teams an jeder Schule seien ihr Wunsch.

Stadträtin Oppelt sagt, dass sie sich als „Vorleseoma“ in den Kindergärten engagiere. Ihre Wahrnehmung sei, dass die Kinder zu lange weg von ihren Eltern seien. Gäbe es Ansätze für Schulsozialarbeit in Kindergärten?

Frau Obländer teilt mit, dass man aktuell noch nicht in die Kindergärten gehe, dies auch personell derzeit gar nicht stemmen könne. Wenn die Kapazität da wäre, könne dies aber ein Ansatz sein. Die Kitas hätten eine eigene Thematik aufgrund des Personalmangels. Eltern könnten grundsätzlich aber durchaus wieder mehr „Platz“ einnehmen, es gäbe kluge Konzepte, wie Eltern wieder mehr einbezogen werden könnten.

Stadtrat Hornung bedankt sich auch im Namen der SPD. Man sei sich der Wichtigkeit bewusst. In Heilbronn, wo er arbeite, werde 150%-ige Schulsozialarbeit praktiziert. Eltern, Schüler, Lehrkräfte, wie könne das Zusammenspiel funktionieren? Wie laufe die Prävention am besten? Wieviel Prozent Schulsozialarbeit sei ideal?

Frau Obländer hinterfragt wie viele Schüler an der Schule seien.

Stadtrat Hornung sagt 500.

Frau Obländer meint, dass es auch auf die Ressourcen der Schule ankäme. In Waldhilsbach und Dilsberg sei die Anzahl der Einzelfallberatungen nicht so hoch, dafür könne man mehr in den Klassen arbeiten. Somit sei die Gewichtung anders. Eine Aufstockung um evtl. 5-10% würde guttun, wobei zu bedenken sei, dass das Kerngeschäft vormittags an den fünf Werktagen laufe. 50 % Aufstockung sei für die Grundschule ja bereits dazugekommen.

Stadtrat Hornung fragt zur präventiven Arbeit am Schulzentrum. Wie könne man es angehen, dass die Intention von den Schülern komme.

Frau Obländer informiert, dass man das nicht von den Schülern einfordere, sondern auf Lehrerrückmeldungen eingehe. Ihrer Meinung nach sei es wichtig, Schulsozialarbeit ab Klasse 1 im Stundenplan zu verankern. Man merke tatsächlich, woher die Kinder kämen und ob sie bisher mit Schulsozialarbeit begleitet wurden.

Stadtrat Fritsch bedankt sich für den sehr schönen Vortrag. Die Grundschule sei ein wichtiger Baustein und die Zukunft hänge von der Schule ab. 15 Minuten Vortrag seien eigentlich zu wenig, er wünsche noch mehr in Papierform. Man solle hier nicht auf den Euro schauen, denn man spare später Geld, wenn man jetzt handle. Sein Dank gelte auch an alle Mitarbeiter.

Stadtrat Katzenstein bedankt sich ebenfalls. Die Zahl der Fälle und auch die Intensität habe zugenommen. Könne Frau Obländer auch sagen, wo und an welcher Schule?

Frau Obländer informiert, dass sich die Stellenanteile geändert hätten, sie werde diese Information nachreichen.

Stadträtin Schlüchtermann kommt nochmals auf die Prävention zu sprechen. Stehe man mit den Schulleitungen in Kontakt, dass z.B. Teambuildings in den Klassen angeboten werden?

Frau Obländer informiert, dass es diese teilweise schon gäbe. Herr Falter und die Lehrkräfte an der Realschule machten viel.

Der Bürgermeister beruft Herrn Falter, Schulleiter der Realschule Neckargemünd und im Zuschauerraum anwesend als sachkundigen Bürger dazu und übergibt ihm das Wort.

Herr Falter informiert, dass die Fallzahlen an der Realschule sehr hoch seien. Hierzu habe er auch schon in den Fraktionen berichtet. Vor allem in den Klassen 7-9 gäbe es Verhaltensauffälligkeiten, alle gesellschaftlichen Phänomene seien vorhanden. Integration und Integrationsbereitschaft seien ein großes Thema. Aus der Ukraine gäbe es aktuell z.B. drei Kinder, die vom Alter her in eine weiterführende Schule gehörten, aber weder schreiben noch lesen könnten. Gleichzeitig wechselten Schüler aus dem Gymnasium auf die Realschule, um den Leistungsdruck zu verringern und außerdem gäbe es Kinder, die bereits schon Aufenthalte in der Klinikschule hatten - alle träfen nun aufeinander. Die sozialen Medien seien ein weiterer, kritischer Punkt. Hierzu biete man Vorträge an, aber auch die Erziehungsberechtigten müssten aktiviert werden. In diesem Zusammenhang empfehle er das Buch von Silke Müller „Wir verlieren unsere Kinder“. Durch den Suizid des Schülers sei man wacher geworden, wobei man allerdings schon immer aufmerksam gewesen sei. Leider könne man durchs Netz fallen. Das S-Bahn-Drehkreuz bringe auch Schüler nach Neckargemünd, die man eigentlich nicht unbedingt wolle, Kriminalität sei ebenfalls ein Thema. Familienstreitigkeiten bzw. wer habe das Sorgerecht spielten bei der täglichen Arbeit genauso mit hinein wie die Problematik, dass zu Gesprächen gebetene Erziehungsberechtigte gar nicht auftauchten. Der betroffene Schüler sei während einer Gesamtlehrerkonferenz aufgefunden worden, neulich habe ein Schüler einen Kreislaufkollaps erlitten, diese Situation habe getriggert und der Vorfall werde alle, Lehrer wie Schüler, noch eine ganze Zeitlang begleiten. Diesbezüglich sei man mit Neckarbischofsheim im Austausch, da sich dort vor einiger Zeit ein ähnlicher

Vorfall ereignet habe. Man sollte die Situation nun aber als Chance sehen. Frau Münster habe aktuell 67 Fälle zu bearbeiten, ihre Arbeit sei sehr wichtig. In Eberbach und Leimen hätten die Realschulen ca. 40 Schüler weniger, aber zwei Schulsozialarbeiter. Auch Frau Münster benötige noch Unterstützung.

Der Bürgermeister bedankt sich bei Herrn Falter und gleichermaßen bei den vielen weiteren Schulleitungen, die heute Abend anwesend seien und ihr Interesse zeigten. Man habe 2016 den Auftrag für Schulsozialarbeit in den Neckargemünder Grundschulen gegeben. Er werde mit den Bürgermeisterkollegen im Umkreis sprechen und diese auf die Wichtigkeit von Schulsozialarbeit bereits in der Grundschule hinweisen.

Stadtrat Wachert fragt, ob es im MBG auch so sei, dass Herr Lindenau überlastet sei.

Frau Obländer sagt, dass alle Kollegen sehr gut ausgelastet seien. Wenn es weniger Einzelfallberatungen gäbe, arbeite man in den Klassen.

Stadträtin Striegel sagt, dass sie sich Schulsozialarbeit auch in den Kindergärten sehr gut vorstellen könne. Dann könnten die Erzieherinnen bereits wichtige Hinweise geben. Auch sei es sehr wichtig, dass die Erzieherinnen wüssten, dass es das Team Schulsozialarbeit gäbe.

Frau Obländer sagt, dass man den Hinweis zusammen mit den Kooperationslehrern der Schulen aufgreifen werde. Das nehme man mit.

Der Bürgermeister bedankt sich bei allen Anwesenden. Man habe sich für die Besprechung dieses TOPs mehr Zeit als geplant genommen. Generell sei es mit der Schulsozialarbeit wie mit dem Gemeindevollzugsdienst: es wäre besser, man brauche beide nur zur Prävention.

Frau Obländer bedankt sich für bei allen Beteiligten für die Rückmeldungen und bei der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit.

3.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt von dem Sachvortrag Kenntnis.

Es folgt eine kurze Pause von 20.25 – 20.33 Uhr.

4: **Sachstandsbericht Museum: Neuausrichtung**

4.1: **Sachvortrag:**

Die Präsentation „Altes Rathaus“ ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

Der Bürgermeister begrüßt Frau Dr. Hettinger.

Frau Dr. Hettinger begrüßt die anwesenden Gemeinderäte und Bürger und verweist darauf, dass auch bei ihr die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen greife. Sie erläutert ihre Präsentation.

Der Bürgermeister zeigt sich beeindruckt, was Frau Dr. Hettinger in den vergangenen 10 Monaten seit ihrem Amtsantritt bewegt habe. In 2022 habe man 18.400 Bücherausleihen verzeichnet, dies entspreche 25 Ausleihen pro Stunde. Die Bücherei sei definitiv ein Magnet. Frau Dr. Hettinger kombiniere dies mit tollen, neuen Ideen. Frau Mayer zu Schwabedissen habe sich zum Abschied gewünscht, dass sie nicht kopiert werde, sondern dass neue Ideen greifen – dies sei mehr als gelungen.

4.2: **Beratung:**

Stadträtin Groesser sagt, dass die Ideen und die Herangehensweise beeindruckend seien, sie schließe sich dem Lob an. In Anbetracht des vorherigen Themas würde sie interessieren, wie hoch der Anteil an Kindern und Jugendlichen sei.

Frau Dr. Hettinger verspricht, die Statistik nachzureichen. Man sei aber definitiv für Erstleser, auch aus dem Umland, interessant, da die Bücherei klein und überschaubar sei.

Stadtrat Rehberger bedankt sich ebenfalls bei Frau Dr. Hettinger für die Ausführungen. Bereits bei ihrer Vorstellung aus Anlass ihrer Bewerbung habe sie das Gremium damals mit ihrem großen Enthusiasmus überzeugt. Der jetzige Vortrag reihe sich hier nahtlos ein. Bereits in der Vergangenheit habe man ein tolles Museum gehabt, jetzt sei es auf neue Beine gestellt worden, der Kulturverein miteinbezogen, die Urban Sketchers, toll! Auf andere Gruppen zuzugehen oder die Idee aus dem Museum raus in Pflegeeinrichtungen zu gehen, sei gut. Hier kämen evtl. auch die Schulen oder der Menzer Park in Frage. Das Museum habe Ankerfunktion, denn die Leute liefen dann auch durch die Stadt. Frau Dr. Hettinger habe viele Ideen produziert und auch umgesetzt. Er beglückwünsche sie zur Elternschaft, gleichwohl treibe ihn die Frage um, ob es während ihrer Elternzeit mit dem Museum gut gehen werde.

Frau Dr. Hettinger sagt, dass sie mit der Frage gerechnet habe. Selbstverständlich habe sie Vorbereitungen für die Zeit ihrer Abwesenheit getroffen. Das Programm stehe bereits auf der Homepage: kleinere Ausstellungen und Veranstaltungen. Alle Aussteller hätten sich bereit erklärt, auch ein Rahmenprogramm zu machen. Die Digitalisierung liefere weiter im Hintergrund. Hierbei seien ihre Mitarbeiter mittlerweile besser geschult als sie selbst.

Stadtrat Rehberger sagt, er gehe also davon aus, dass es weiterliefe.

Stadtrat Wagner bedankt sich ebenfalls. Es sei eine spannende Art der Digitalisierung, Neckargemünd allerdings noch nicht online.

Frau Dr. Hettinger informiert, dass das Programm kostenfrei sei. Man könne es freischalten, aber die Entscheidungshoheit, was man freigebe, liege bei der Stadt.

Stadtrat Wagner sagt, dass diese Informationen dann auch weltweit und für Forschende interessant sein könnten.

Stadtrat Schimpf meint, er wolle seine Vorredner jetzt nicht wiederholen. Seine Frau sei im Arbeitskreis Museum aktiv und habe berichtet, dass Frau Dr. Hettinger wie eine Bombe eingeschlagen habe. Auch bei der Stolpersteinaktion in Dossenheim sei sie gewesen. Dies zeige, wie vielseitig vernetzt sie sei.

Stadtrat Schmitz sagt, dass auch er seine persönlichen Erfahrungen mitteilen möchte. Die Ankündigung, dass sich das Museum mit vielen Aktionen, die in Planung sind oder durch die Vernetzung mit den FREIRÄUMEN, dynamisch öffne, stimme ihn positiv.

Stadtrat Fritsch meint, dass Frau Dr. Hettinger von Anfang an erkannt habe, welches Potential hier stecke. Sie leiste sehr gute Arbeit. Viele Leute hielten sich im Museumsgarten auf. Könne man diesen ins Konzept einbeziehen?

Der Bürgermeister und einige Stadträte werfen ein, dass dieser verkauft worden sei.

Stadtrat Fritsch möchte dennoch wissen, ob man hier etwas tun könne.

Frau Dr. Hettinger schlägt vor, den Treffpunkt eher im Gebäude selbst zu sehen.

Stadträtin Schlüchtermann bezeichnet das Konzept von Frau Dr. Hettinger als großartig. Der Aspekt generationsübergreifender Aktionen wäre ihr noch wichtig.

Frau Dr. Hettinger erläutert, dass sie zunächst separat mit den einzelnen Gruppen anfangen wolle. Im April sei man aber bereits auf einem guten Weg mit der Aktion „Tunika nähen“. Jeder Gast könne sich hier auf einer Tunika verewigen. Auch die Lesungen ständen selbstverständlich allen offen. Zukünftig werde es dann aber auch gezielt geplante, größere Aktionen geben.

Stadtrat La Licata erwähnt scherzhaft, er werde jetzt ein 20-minütiges Referat halten. Nein – Frau Dr. Hettinger leiste sehr gute Arbeit, die er sehr erfreut zur Kenntnis nehme. Danke!

Der Bürgermeister bedankt sich abschließend bei Frau Dr. Hettinger.

Frau Dr. Hettinger ihrerseits bedankt sich beim Gremium dafür, dass sie sich so „krakenartig“ in die Stadtgesellschaft ausbreiten dürfe. Sie sei froh, hier gelandet zu sein.

Der Bürgermeister verweist auch auf das tolle Team gemeinsam mit Frau Hinz, Frau Holzer und Frau Tormählen und wünscht Frau Dr. Hettinger alles Gute für die kommende Zeit. Man sei froh, dass man sie habe.

4.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt von dem Sachvortrag Kenntnis.

5: **Vergabe Heizanlage Bauhof Los 1 – Erdbau**

5.1: **Sachvortrag:**

Die gemeinsame Vorlage des FB 7 Vergabe und FB 5 Bauwesen & Recht ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

Herr Horvath erläutert die Vorlage.

Herr Seidel ergänzt, dass man nun Zeit gespart habe, da der Gemeinderat in seiner Sitzung vor Weihnachten die entsprechenden Beschlüsse gefasst habe.

5.2: **Beratung:**

Es gab keine Wortmeldungen.

5.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig bei einer Enthaltung die Beauftragung der Johann Schuler & Sohn GmbH & Co. KG, Am Eisweiher 16,74821 Mosbach für das Los 1.

6: **Vergabe Heizanlage Bauhof Lose 2 bis 4**

6.1: **Sachvortrag:**

Die gemeinsame Vorlage des FB 7 Vergabe und FB 5 Bauwesen & Recht ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

Herr Horvath erläutert die Vorlage. Los 2 sei für den Container, wieder abbaubar und an einem anderen Ort wieder aufbaubar. Los 3 für das Wärmeverteilnetz (Rohre, Dämmung) und Los 4 für das Wohnhaus.

6.2: **Beratung:**

Stadträtin Groesser bedankt sich für die nachgereichten Unterlagen und bittet darum, zukünftig von sich aus, erläuternde Unterlagen mit der Vorlage zu versenden. Herr Horvath geht daraufhin nochmals auf die am heutigen frühen Nachmittag auf Wunsch der Fraktion der Grünen versandten weiteren Unterlagen ein. Man erhalte 30% Fördermittel.

Stadtrat Konrad hinterfragt bei den Wertungskriterien die 70% Preisanteil. Könne man noch weitere Kriterien, z.B. Regionalität einfügen?

Herr Horvath verneint dies. Dieses Kriterium sei diskriminierend.

Stadtrat Konrad lobt, dass man die Kosten akkurat geschätzt habe.

Stadtrat Schmitz hinterfragt warum das Angebot der Firma Essenspreis zwingend auszuschließen sei.

Herr Horvath erläutert, dass es nicht rechtzeitig eingegangen sei. Man müsse es aber aufführen, da der Bieter Rechte darauf habe.

Stadtrat Scholl meint, dass ihn die Tatsache störe, dass die Kalkulation der Anbieter meilenweit auseinander gehe. Wie käme das zustande?

Herr Horvat sagt, dass er keine Vermutung anstellen werde, es herrsche freie Marktwirtschaft. Alles sei reine Spekulation.

Stadtrat Wachert stellt fest, dass der Gemeinderat nur den Gesamtpreis vorgelegt bekäme. Ihn interessiere, ob es in den Positionen Unterschiede gäbe, sprich wären alle Positionen im Schnitt 5% teurer oder sei es eine bestimmte Position, die heraussteche.

Herr Horvath sagt, dass er darüber keine Auskunft geben könne, da dies den Geheimhaltungsvorschriften des Vergaberechts unterliege.

Stadtrat Bernauer teilt für die Fraktion der CDU mit, dass man zustimme.

Stadtrat Katzenstein erläutert nochmals, dass man in der Fraktionssitzung nicht gewusst habe, welche Gewerke die Lose 2-4 beinhalten. Zukünftig solle hierzu bitte ein Mittelweg gefunden werden.

Stadtrat Dr. Rothe hinterfragt die Sicherheiten bei der Firma Faul, wenn etwas schief gehen sollte.

Herr Horvath informiert, dass man immer eine Abfrage beim Gewerbezentralregister mache, bevor man die Firmen dem Gemeinderat vorschlage. 100%-ige Sicherheit gäbe es aber nicht.

6.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig bei zwei Enthaltungen die Beauftragung der Faul GmbH, Ledelsweg 7, 69412 Eberbach für die Lose 2 bis 4.

7: **Vergabe Kassensystem Freibad**7.1: **Sachvortrag:**

Die gemeinsame Vorlage des FB 7 Vergabe und FB 5 Bauwesen & Recht ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

Herr Horvath informiert vorab, dass gestern noch ein weiteres Angebot eingegangen sei, allerdings verspätet (18.03.) und in Papierform. Das Angebot liege bei 132.000€.

Herr Seidel erläutert die Vorlage. Los 1 beinhalte die Software für ein separates Tor, mit den Kartenscannern gelinge der Eintritt in 3 Sekunden, vergleichbar mit dem Durchlaufen der Eintrittsschranke an einer U-Bahn. Das Stehen in der Warteschlange zu Stoßzeiten im Sommer bei 40 Grad falle also weg. Die Benutzeroberfläche sei benutzerfreundlich, Gutscheine, Saisonkarten, Einzelkarten, alles könne genutzt werden. Die Firmen haben zugesagt, dass das System bei Saisonöffnung verfügbar und im April mit dem Vorverkauf der Karten zu rechnen sei.

7.2: **Beratung:**

Stadtrat Schmitz stellt fest, dass die Fraktion der Grünen bei den Haushaltsberatungen Bedenken gegenüber dieser Investition gehabt habe, da diese nicht auf die Situation der Schwimmbadsanierung abgestimmt sei. Wenn die großen Schwimmbadsanierung tatsächlich käme, beinhalte dies auch Änderungen auf den Eingangsbereich. Er hinterfragt, ob er jetzt allerdings richtig in der Annahme gehe, dass sich das Thema „große Schwimmbadsanierung“ erledigt habe.

Herr Seidel informiert, dass das neue System schnittstellenoffen sei. Man könne erweitern und die Investitionskosten seien nicht verloren.

Stadtrat Schmitz hakt nach, wie es mit dem Schwimmbadsanierungs-Förderantrag aussähe. In der Presse sei einiges zu lesen gewesen, was vermuten ließe, Neckargemünd sei nicht zum Zug gekommen.

Herr Horvath sagt, dass man keine belastbare Information habe. Im Rhein-Neckar-Kreis gäbe es eine Kommune mit einer Förderzusage für eine Sporthalle und eine Kommune habe eine Förderzusage für ein Schwimmbad.

Der Bürgermeister bestätigt, dass man bisher keine offizielle Mitteilung erhalten habe.

Stadtrat Katzenstein sagt, dass die Förderzusagenliste öffentlich bekannt gemacht wurde.

Der Bürgermeister bedauert, dass man es als Antragsteller aus der Presse erfahre. Man habe doch ein Recht, die Information auf offiziellem Wege zu bekommen.

Stadtrat Schmitz meint, dass es eine offizielle Pressemitteilung des Bundesministeriums vom Freitag gäbe.

Herr Horvath gibt zu bedenken, dass es noch die „Lucky-Loser“-Regelung gäbe, falls eine Kommune ihre Fördergelder zurückgeben würde.

Stadtrat Wachert findet es super, dass die Situation beim Eintritt nun endlich verbessert wird.

7.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt mehrheitlich bei zwei Neinstimmen und fünf Enthaltungen die Beauftragung der Gantner Electronic GmbH, Porschestra. 13, 44894 Bochum für die beide Lose zu geprüften Angebotspreisen in Höhe von 53.236,69 Euro.

Es folgt eine Pause von 21.37 – 21.42 Uhr.

Frau Dr. Welter verlässt die Sitzung um 21.40 Uhr.

8: Bau eines Fahrradparkhauses / „Radhaus am Rathaus“

8.1: Sachvortrag:

Die Vorlage des FB ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

Der Bürgermeister sagt, dass das „Radhaus am Rathaus“ ein spannendes, interessantes Projekt sei. Man habe es sich in Heilbronn angeschaut, aber es passe aufgrund der aktuellen finanziellen Situation leider nicht. Der zu zahlende städtische Anteil belaufe sich auf ca. 1/4 der Fördersumme, immerhin noch 250.000€.

Herr Horvath stellt klar, dass man den Fördermittelantrag seinerzeit für ein automatisiertes Parkhaus, und nicht für Fahrradboxen, gestellt habe.

8.2: Beratung:

Stadtrat Wachert stellt fest, dass man anhand der B+R Bedarfsanalyse sehe, dass Neckargemünd bei Abstellmöglichkeiten für hochwertige Bikes, Pedelecs und E-Bikes nicht gut aufgestellt sei. Trotz 85% Förderquote müssten immer noch ein Eigenanteil von 250.000 – 300.000€ durch die Stadt geschultert werden.

Stadtrat Katzenstein meint, dass die Grünen über die Zahlen der Bedarfsanalyse überrascht gewesen seien. Das geplante Radhaus sollte 100 Plätze haben, nach der Analyse hätte das gar nicht ausgereicht. Und man hoffe doch, dass der Fuß- und Radverkehr noch ansteige. Man sehe allerdings auch, wie es in Heilbronn aussehe: bei weitem nicht voll ausgelastet, mit nur 30% Belegung. Zudem sehe man in der Fraktion auch das haushaltstechnische Problem. Beziehe sich der Fördermittelbescheid ausschließlich auf ein automatisiertes Parkhaus?

Herr Horvath stellt klar, dass sich der Fördermittelbescheid auf ein automatisiertes Parkhaus mit mindestens 70 Plätzen beziehe.

Stadtrat Dr. Rothe spricht für die Freien Wähler. Man nehme den Fördermittelbescheid zur Kenntnis, wolle aber an der Umsetzung nicht festhalten. Das in der Bedarfsanalyse gezeigte Modul mit 40 Plätzen aus Elmshorn könne man sich aber sehr gut vorstellen, falls mehr Plätze benötigt würden, könne man ja mit einem 2. Modul erweitern. Die Fraktion der Freien Wähler stelle daher den Antrag, die Kosten für 40 überdachte E-Bike-Plätze zu ermitteln und Möglichkeiten zu Fördergeldern zu erkunden.

Stadtrat Bernauer spricht für die CDU wie folgt: *„Inwiefern die CDU die hierfür geplanten Mittel an anderer Stelle als deutlich besser investiert sehen würde, dürfte mittlerweile hinreichend bekannt sein. Daher heute ohne Seitenhieb nur zum Projekt: Von Beginn der Idee an standen wir dem Plan einer Radabstellanlage generell offen gegenüber. Schlicht die Ausführung als vollautomatisiertes Ganzglasparkhaus ging unserer Meinung nach am Bedarf vorbei. Vor allem aber auch am finanziellen Spielraum der Stadt. So würden wir auch heute noch eine Ausführung in passendem Ausmaß gerne mittragen. Und genau da sehen wir das grundlegende Problem im Vorgehen: Einen Förderantrag stellen, ohne dass im Gremium abschließend geklärt ist, ob und was genau errichtet werden soll, ist eine eher fragliche Reihenfolge. Denn egal wie die Entscheidung heute Abend fällt: sämtliche Kosten für Planung und Antragstellung, für jede einzelne Arbeitsstunde sind bereits angefallen. Wie dem beigefügten Beratungsprotokoll zu entnehmen ist, wären die beantragten Fördermittel auch abrufbar, wenn man von einer vollautomatisierten Variante abgesehen hätte. Wir würden gerne dem Bedarf, der zweifelsohne vorhanden ist,*

Rechnung tragen und weitergehend auch Anreize schaffen, das Fahrrad zu nutzen. Aber nur in einer Form, die finanziell vertretbar ist.

Somit sind wir mit unseren Forderungen heute eigentlich genau an der Stelle, an der wir bereits vor Monaten waren. Was uns zudem umtreibt ist die Tatsache, dass wir für eine weitere Radabstellanlage am Schulzentrum – welche glücklicherweise bereits umfassend diskutiert und mehrheitlich gewünscht wurde – ebenfalls Fördermittel beantragt haben. Uns würde interessieren: ist hier dieselbe Zuwendungsstelle zuständig? Denn dann ist das Zeichen, das wir durch unser jetziges Vorgehen senden nicht sehr förderlich und fast schon blamabel: zuerst einen Antrag stellen, anderen Kommunen dadurch gegebenenfalls Fördermittel wegschnappen und dann zurückziehen. Alles in allem sollten wir ein solches Vorgehen – und zwar in jedem einzelnen Aspekt – in Zukunft tunlichst vermeiden.

Wir werden der Fortführung des Projektes „Radhaus am Rathaus“ nicht zustimmen und bauen auf die Vernunft im Gremium, dass mit öffentlichen Geldern nur errichtet werden wollte, was unseren Bürgerinnen und Bürgern wirklich zugutekommt und diese nicht zur Umsetzung kostenintensiver Prestigeprojekte verschwendet werden dürfen.“

Der Bürgermeister sagt, dass ein Prestigeprojekt etwas anderes und der Bedarf durchaus da sei. Auch sei die Stimmung in Heilbronn nicht schlecht gewesen. Diese Aussagen weise er von sich. Allerdings habe sich die Welt weitergedreht. Wenn man mit dem E-Bike aus den Ortsteilen nach Neckargemünd zum Bahnhof fahre, wäre es eine gute Sache, wenn man sein Bike dann dort auch sicher abstellen könne. Bei Fahrradboxen gingen Parkplätze verloren. Heute sei man allerdings schlauer als letztes Jahr und müsse die damalige Entscheidung nun revidieren.

Herr Horvath informiert, dass der Zuwendungsgeber, ZUG, beim Radhaus der gleiche wie auch beim Schulzentrum sei. Der Antrag über 258.000€ für die Radabstellanlage am Schulzentrum laufe seit dem 02.08.2023. Es handle sich um dasselbe Förderprogramm.

Stadtrat Hornung spricht für die SPD und sagt, dass man das Projekt schon damals kritisch gesehen habe. Auch der Ausflug nach Heilbronn habe sie nicht zwingend überzeugt, bei 30 Dauerparkern pro Jahr werde das Radhaus dort doch recht wenig genutzt. Unter dem finanziellen Aspekt sei das Projekt zu überdimensioniert. Die SPD lehne diese illusorische Version daher ab. Wann würden nun realistische Alternativen vorgeschlagen und wann könnten diese realistischerweise verwirklicht werden?

Stadtrat Fritsch fragt, wie lange der Fördermittelbescheid stehen bleiben könne.

Herr Horvath informiert, dass das Projekt seit dem 01.03.2024 laufe und innerhalb von zwei Jahren umgesetzt werden müsste.

Stadtrat Fritsch möchte wissen, ob nicht die Deutsche Bahn etwas machen könne, die 300.000€ übernehmen.

Herr Horvath sagt, dass die Deutsche Bahn mit dem Ministerium gemeinsam Projektträger sei. Einzelprojekte würden aber nicht gefördert.

Der Bürgermeister meint, dass die Deutsche Bahn sich besser auf Unterführungen und Aufzüge konzentrieren solle.

Stadtrat La Licata sagt, der hohe Bedarf habe ihn überrascht. Das Projekt und in die Höhe zu gehen, halte er nach wie vor für sinnvoll und zukunftsorientiert. Auch wenn er die negativen Punkte sehe, werde er zustimmen. Von einer Beteiligung der Bahn rate er ab, man denke nur an die Verspätungen, Streiks etc.

Stadtrat Hertel stellt fest, dass auch er nach dem Besuch in Heilbronn skeptisch gewesen sei, weil das Radhaus nur für Räder eines bestimmten Typs geeignet sei. Die Räder würden aber immer größer, was man also brauche, seien Stellplätze. Man solle jetzt planen, was machbar sei, kleine Boxen, begrünt und mit Solar. Man wolle die Pendler und solle klein anfangen, dabei auch an den Standort Altstadtbahnhof denken, damit die Radfahrer nicht durch die Altstadt radeln müssten.

Herr Horvath bedankt sich für die Idee, er werde diese mit dem Ordnungsamt besprechen. Allerdings gibt er zu bedenken, dass am Altstadtbahnhof bereits vier Boxen ständen, nur zwei davon seien aktuell noch dauervermietet.

Der Bürgermeister sagt, dass beim Altstadtbahnhof nur zwei Zuglinien pro Stunde hielten, beim Bahnhof seien es fünf Stück.

Stadtrat Katzenstein stellt fest, dass man Fahrradparkplätze definitiv brauche. Allerdings habe sich die Haushaltslage verändert: die Sanierung der Banngartenhalle, der Hangabrutsch in der Rainbach, das Martin-Luther-Haus. Wenn man nun an die Planung kleinerer Fahrradboxen gehe, solle man auch an das Land und das LGVFG-Förderprogramm denken. Hierüber könne man bis zu 85% Förderung bekommen und es ginge schneller.

Stadtrat Dr. Rothe findet, dass das Beispiel mit der großen Fahrradabstellanlage aus Elmshorn nicht optimal sei. Man solle einen Mix mit Einzelboxen planen, gerne mit 40 Plätzen anfangen.

Stadtrat Katzenstein findet, dass man nur entscheiden könne, wenn man auch die Varianten kenne. Daher solle der TOP vertagt und in der nächsten oder übernächsten Sitzung mit einer neuen Vorlage beraten werden. Man stelle sich Boxen und einen Schuppen, nahe am Bahnhof, auf der Fläche gegenüber der Elektroladeparkplätze vor. Heute solle nicht entschieden werden.

Herr Horvath gibt zu bedenken, dass man den Zuwendungsbescheid bekommen habe und somit das Projekt innerhalb von 24 Monaten umsetzen müsse. Dass die Umsetzung unrealistisch sei, wisse man seit heute in dieser öffentlichen Sitzung. Somit nehme man einer anderen Kommune die Möglichkeit, aktiv zu werden.

Stadtrat Bergsträsser wirft ein, dass man das alles doch schon letztes Jahr gewusst habe.

Stadtrat Rehberger widerspricht. Es sei nicht klar gewesen.

Stadtrat Bergsträsser sagt, dass er von Anfang an dagegen gewesen sei.

Der Bürgermeister bittet darum, billige Polemik zu unterlassen.

Stadtrat Bergsträsser sagt, dass man sich 250.000 – 300.000 € nicht leisten könne. Eher noch Abstellboxen, aber könnten die Gelder umgewidmet werden?

Der Bürgermeister meint, grundsätzlich ja, aktuell sei das Geld allerdings für das Fahrradparkhaus eingestellt.

Stadtrat Bergsträsser bekräftigt, dass er gegen das Fahrradparkhaus sei.

Stadtrat Wachert bittet darum, nun über die Umwidmung abzustimmen.

Der Bürgermeister sagt, dass das Geld nicht da sei.

Herr Horvath informiert, dass das Projekt kreditfinanziert geplant wurde.

Stadträtin Groesser fragt, ob die übergeordneten Geldgeber also nein sagen würden.

Der Bürgermeister stellt klar, dass die Genehmigungsbehörde, das Landratsamt als Rechtsaufsicht, und nicht der Geldgeber (ZUG) ablehnen würde.

Stadträtin Groesser gibt zu bedenken, dass die Aufstellung von Fahrradboxen auf Kosten von Parkplätzen gehen werde.

Stadtrat Rehberger stellt den Geschäftsordnungsantrag, die Redeliste zu beenden und abzustimmen. Der Geschäftsordnungsantrag wird mehrheitlich bei drei Neinstimmen angenommen.

Stadtrat Konrad bezieht sich auf den Vorschlag von Stadtrat Wachert. Die Verwaltung möge klären, ob eine Umwidmung der Fördermittel möglich sei.

Herr Horvath sagt, eine Umwidmung hinsichtlich des Förderbescheids sei ausgeschlossen.

Stadtrat Konrad möchte zudem geklärt haben, ob die im städtischen Haushalt für das Radhaus vorgesehenen 250.000€ für Fahrradboxen genutzt werden können. Der Sachverhalt möge vor dem Sommer wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Stadtrat Schmitz fasst zusammen, dass der Fördermittelbescheid auszuschlagen sei. Die Verwaltung solle beauftragt werden, alternative Konzepte zu entwickeln, die ganze Palette von Möglichkeiten.

Der Bürgermeister stellt abschließend fest, dass der Fördermittelbescheid an das vollautomatische System gebunden sei.

8.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt vom Eingang des Zuwendungsbescheides Kenntnis und trifft nach eingehender Diskussion und Abwägung der Finanzsituation der Stadt, der anstehenden dringenden Aufgaben und der Möglichkeiten und Grenzen der vorgeschlagenen technischen Variante einerseits, der Bedarfsschätzung bezüglich Stellplätzen für hochwertige Fahrräder, erwünschten Signalwirkung zur Stärkung nachhaltiger Mobilitätsformen andererseits, bei drei Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen die Entscheidung, in der gegenwärtigen Situation nicht am Projekt „Radhaus am Rathaus“ festzuhalten. Die Verwaltung wird beauftragt, den Förderbescheid zurückzugeben.

Vor Aufruf des nächsten TOPs übergibt der Bürgermeister aufgrund von Befangenheit wegen seiner Kandidatur für den Kreistag die Sitzungsleitung an den 1. Stellvertretenden Bürgermeister Rehberger und nimmt im Publikum Platz.

9: **Kommunalwahlen 2024 - Bildung des Gemeindevwahlausschusses**

9.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 4 (Bürgerdienste, Ordnung, Sicherheit) und FB 1 (Hauptverwaltung) ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

Der 1. Stellvertretende Bürgermeister Rehberger sagt, dass die Vorlage nun erneut auf der Tagesordnung stehe, nachdem sie in der letzten Sitzung von der Verwaltung zurückgezogen worden sei.

Frau Polte informiert, dass aus den Fraktionen leider keine Vorschläge eingegangen seien. Daher habe man nun nur Verwaltungsmitarbeiter aufgestellt.

9.2: **Beratung:**

Es gab keine Wortmeldungen.

9.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat wählt einstimmig die in der Vorlage vorgeschlagenen Personen nach den Vorschriften des Kommunalwahlgesetzes und der Gemeindeordnung als Mitglieder des Gemeindewahlausschusses für die Kommunalwahlen 2024.

Der 1. stellvertretende Bürgermeister Rehberger übergibt die Sitzungsleitung wieder an Bürgermeister Volk.

10: **Satzung über verkaufsoffene Sonntage 2024**10.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 4 (Bürgerdienste, Ordnung, Sicherheit) ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

10.2: **Beratung:**

Es gab keine Wortmeldungen.

10.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig bei einer Enthaltung die Satzung über die verkaufsoffenen Sonntage 2024.

11: **Mitteilungen und Anfragen**11.1: **50 Jahre Eingemeindung Waldhilsbach**

Stadträtin und Ortsvorsteherin von Waldhilsbach Linier informiert, dass Waldhilsbach und Neckargemünd am 01.01. sozusagen „Goldene Hochzeit“ hatten. Dies sei wohl untergegangen. Die Rhein-Neckar-Zeitung wollte dazu Mitte bis Ende Januar berichten, dazu bräuchte die Redaktion aber Unterlagen aus dem Archiv. In Waldhilsbach ist nichts aus dieser Zeit vorhanden. Sie habe deshalb mit Frau Polte Kontakt aufgenommen und gebeten, der RNZ und auch der Ortsverwaltung Unterlagen zukommen zu lassen.

Frau Polte antwortet, sie sei noch dabei, Dokumente aus der Zeit zu sichten.

11.2: **Straße „Mühlwald“ / Rainbach**

Stadtrat Hornung erinnert an seine Frage zur rechtlichen Lage aus der letzten Gemeinderatssitzung, bezüglich des Vertrages über den Weg an der Lochmühle. Der Bürgermeister habe diese in der öffentlichen Sitzung nicht beantworten wollen, aber zugesagt, schriftlich zu informieren. Leider sei dies noch nicht geschehen.

Der Bürgermeister verspricht, die Information nachzureichen.

Stadtrat Hornung bittet darum, dies noch vor dem Termin am Donnerstag zu machen.

11.3: **Griechische Weinstube**

Stadträtin Oppelt fragt nach dem Sachstand.

Der Bürgermeister sagt zu, dass der Sachverhalt am 16.04. auf der Tagesordnung stehe.

11.4: **Skaterpark**

Stadträtin Weber fragt nach dem Sachstand.

Der Bürgermeister sagt zu, die zuständige Sachbearbeiterin, Frau Vollmer, zu fragen und die Information nachzuliefern.

11.5: **Konzept Altes E-Werk mit Jugendbeteiligung und pädagogischem Konzept**

Der Bürgermeister teilt mit, dass er das Konzept von Frau Holzer erhalten habe, dieses aber bisher noch nicht komplett durchlesen konnte.

Stadtrat Hertel sagt, dass die Jugendbeteiligung beim ersten Treffen dabei gewesen sei, jetzt gebe man das Konzept in die große Runde, die Schulen etc. und anschließend würde eine Vorlage für den Gemeinderat vorbereitet.

11.6: **Nutzungsgebühren Villa Menzer**

Stadträtin Groesser fragt nach den Nutzungsgebühren.

Der Bürgermeister meint, dass diese in dem Konzept, das im September im Gemeinderat vorgestellt worden sei, dem Grunde nach schon enthalten und mitbeschlossen worden seien.

Frau Groesser fragt, ob die Vereine die Räume günstiger bekommen sollten.

Der Bürgermeister bestätigt dies.

Stadtrat Hertel sagt, dass man im Konzept Preisvorstellungen gehabt habe. Die Preise ständen auf der Homepage.

Der Bürgermeister

Die Urkundspersonen
Stadtrat Schimpf

Die Schriftführerin

Stadtrat Wachert